

# Allgemeiner Anzeiger

## Tageblatt für das Völkme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Völkwerk, Völkme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Radewormwald, Breckerfeld u. f. w.

Druck und Verlag: W. H. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 165

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.  
Bezugspreis: Vierteljährlich durch die Post M. 81.—  
monatlich M. 27.—

Halver

Montag, den 17. Juli 1922

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe und 38 mm Breite  
80 Pfg., auswärts 1 M., im Kellamettell 1 mm Höhe  
und 90 mm Breite 3.— M.  
Offerten-Beforgung 3.— M.

22. Jahrgang

### Kleine Zeitung für effiziente Leser.

\* Der Reichskanzler plant zur Lösung der parlamentarischen Krise eine Vervollständigung des Kabinetts durch einen Rechts- und einen Linkspolitiker ohne Erweiterung der Koalition.

\* Der Reichstag hat das neue Amnestiegesetz gegen die Stimmen der Rechten in zweiter Lesung angenommen.

\* Die Reparationskommission bestand auf der Zahlung der Juli-Rate in Höhe von 32 Millionen Goldmark.

\* Die Bankierkonferenz zur Prüfung der Anleihefrage soll binnen kurzem wieder zusammenberufen werden.

\* In Braunschweig ist die Deutsche Volkspartei aus der Regierungskoalition ausgetreten.

\* Lloyd George sprach sich im Unterhause dafür aus, daß der deutschen Regierung ein ausreichendes Moratorium gewährt wird.

### Ein Ausweg?

Ein auf mittlerer Linie stehender Politiker schreibt uns aus Berlin:

Alzu scharf macht scharf, sagt ein altes, gutes deutsches Sprichwort, und es sieht fast so aus, als wenn die sozialistischen Parteien mit ihrem durch die Spitzengewerkschaften unterstützten scharfen Vorgehen im Reichstage die Geduld der bürgerlichen Koalitionsparteien auf eine ganz zu harte Probe gestellt hätten. Aus dem demokratischen und dem Zentrumslager häufen sich die Stimmen der Ablehnung gegen Wünsche, wie die, daß eine bestimmte Partei jetzt unbedingt in die Regierung aufgenommen werden müsse, und daß eine ganze Reihe von Forderungen, die außerhalb des Reichstages aufgestellt und formuliert wurden, von allen Regierungsparteien anerkannt werden müsse. Insbesondere macht das Berliner Hauptorgan der Zentrumspartei in entschiedener Weise Front gegen Aktionen, wie sie jetzt wieder zu einer neuen Verschärfung der inneren Lage geführt haben. Es wird in der Germania darauf hingewiesen, daß das deutsche Volk nicht nur von den sozialistischen Parteien repräsentiert werde, daß auch die bürgerlichen Parteien Millionen von Wählern hinter sich hätten, und daß es jede Möglichkeit einer Koalitionspolitik verabschiedet, wenn die eine Partei der anderen Anfinnen stelle, die gegen deren Überzeugungen, ja gegen ihre Würde verstoßen. Man habe bisher immer den Weg der goldenen Mitte unter den in Deutschland gegebenen Verhältnissen für den einzig möglichen gehalten, und man müsse auf ihm verharren, wenn nicht der Mißbrauch des deutschen Volk unheilbar werden solle. Für jedes Entgegenkommen einer Partei an die andere gäbe es Grenzen, die nicht überschritten werden könnten, und nur wenn die Parteien untereinander sich als gleichberechtigt anerkennen, würde man weiter miteinander auskommen. Das Schreckgespenst einer Reichstagsauflösung sei nicht imstande, an dieser Sachlage irgend etwas zu ändern, ganz abgesehen davon, welche Partei in Wirklichkeit neue Wahlen zu fürchten hätte. Die Sozialdemokratie, die dabei von den Kommunisten auf das äußerste bedrängt würde, dürfe sich nicht einbilden, als wenn sie für diesen Fall außer Gefahr wäre. Die Erfahrungen der letzten Zeit sprächen jedenfalls dagegen.

Aus solchen Äußerungen lassen sich zweifellos wichtige Schlüsse auf die vorherrschende Stimmung in Zentrumskreisen ziehen. Verfügt wäre es dagegen, sie als unheilbare Nischenspur für die kommenden Entschleifungen aufzufassen. Einmal hat der Reichskanzler als verantwortliches Oberhaupt der Regierung immer das Recht und die Macht, von sich aus Entscheidungen herbeizuführen, ohne die maßgebenden Parteien dabei durch Inanspruchnahme ihrer Verantwortlichkeit zu belasten. Dann aber ist es doch schon häufig vorgekommen, daß mehr oder weniger parteiunabhängige Präklausuren im Grunde nur dazu bestimmt waren, keine ganze, aber doch wenigstens eine halbe Richtungsänderung vorzubereiten. Von Dr. Wirth jedenfalls versichert man in parlamentarischen Kreisen mit großer Bestimmtheit, daß er einer Erweiterung der Regierungskoalition nach links hin keinen grundsätzlichen Widerspruch entgegenstellen habe. Das klingt auch ganz glaubhaft, da er ja auch schon bisher das „Wohlwollen“ der Unabhängigen für seinen Regierungskurs angenommen hat, und von hier aus bis zu ihrer formellen Aufnahme in das Kabinett nur noch ein kleiner Schritt zu tun wäre. Der Reichskanzler würde jetzt um so eher in der Lage sein, sich zu ihm zu entschließen, da er zurzeit zwei Ministerposten zu vergeben hat, das Auswärtige und den Wiederaufbau. Für den Wiederaufbau, der seit Nathenans Rücktritt im Sommer 1921 offen geblieben war, ist schon wiederholt eine bestimmte Persönlichkeit aus dem Lager der Unabhängigen genannt worden, der man wirtschaftliches Sachverständnis nachspricht. Dr. Wirth brauchte da nur das Äußere einer mehr rechts gerichteten Persönlichkeit zu übertragen, um vom Kabinett behaupten zu können, daß in ihm das bisherige politische Gleichgewicht unverändert geblieben sei. Und zur Not ließen sich die beiden neuen Männer vielleicht sogar noch als „Nachminister“ ausgeben, um den zu erwartenden Widerspruch von vornherein nach Möglichkeit zu entkräften. Dann bliebe freilich immer noch die nicht minder wichtige Frage übrig, ob die Parteigruppierung als solche sich diesen veränderten Personalverhältnissen in der Reichsregierung anpassen hätte oder nicht. Es ist klar, daß die rund 70 unabhängigen Stimmen, wenn sie offiziell der Regierungsmehrheit beitreten, das Gewicht der bürgerlichen Regierungsstimmen erheblich herabmindern, so lange wenigstens, wie nicht auch die Fraktion der Deutschen Volkspartei vollen Anschluß an den Mehrheitsblock gefunden hat. Dr. Wirth würde anscheinend infoweit wenigstens sich gern über diesen beiden Fraktionen halten, als er ihnen nicht ganz ab- und nicht ganz zuzagen möchte, um auch sie eines schroffen Nein oder eines vollen Ja zu entheben.

Aber das Tonglücken mit so schwierigen parlamentarischen Kombinationen ist denn doch heutzutage ein recht undankbares Geschäft geworden. Mit dieser Kunst wäre sicher im besten Falle höchstens ein geringer Zeitausschub gewonnen.

### Politische Rundschau.

#### Deutsches Reich.

##### Regierungskrisis in Braunschweig.

Im braunschweigischen Landtage wurde das Mißtrauensvotum der Unabhängigen gegen den der Deutschen Volkspartei angehörenden Minister Kaefer verhandelt. Nach längerer Debatte, in der scharfe Angriffe gegen den Minister gerichtet wurden, erklärte Minister Kaefer, er wolle, um den Landtag vor einer Abstimmung zu bewahren, im Einverständnis mit seiner Fraktion freiwillig sein Amt niederlegen. Er erklärte ferner, daß die Deutsche Volkspartei und die ihr angeschlossenen wirtschaftlichen Vereinigungen aus der Regierungskoalition ausscheiden.

##### Schutz des Deutschtums in Oberschlesien.

Belanulich hat der Reichspräsident den Vorsitz im Ehrenausschuß des vor einiger Zeit gegründeten „Oberschlesischen Hilfsbundes“, dessen Aufgabe der Schutz des Deutschtums sowie die Aufrechterhaltung deutscher Kultur in Oberschlesien ist, persönlich übernommen. In diesen Ehrenausschuß des Oberschlesischen Hilfsbundes sind inzwischen weiter eingetreten: der Reichskanzler, die Staatspräsidenten von Preußen, Bayern und Sachsen und zahlreiche andere Persönlichkeiten der politischen, künstlerischen und wissenschaftlichen Welt. Der Reichspräsident hat dem Oberschlesischen Hilfsbunde aus dem ihm zur Verfügung stehenden Dispositionsfonds die Summe von hunderttausend Mark gestiftet.

##### Verbotene Organisationen und Verbände.

Der Preussische Staatsanzeiger enthält u. a. die Aufhebung des Verbandes nationalgeistlicher Soldaten, des deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes, des Bundes der Aufrechten und der Organisation „Stahlhelm“. Das Verbot ist auf Grund der Verordnung zum Schutz der Republik vom 28. Juni 1922 erfolgt. Damit sind die bereits vor einigen Tagen erlassenen Verbote des preussischen Innenministers Severing rechtskräftig geworden.

##### Die wirtschaftliche Not der Presse.

Der Entwurf des Gesetzes über Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Not der Presse ist dem Reichstag zugegangen. Durch das Gesetz wird die Reichsregierung ermächtigt, auf Grund von Selbstkostenermittlungen die Preise für Zellstoff und Druckpapier zu bestimmen. Ferner sieht der Gesetzentwurf die Errichtung einer Rückvergütungskasse für die deutsche Presse vor. Dieser Rückvergütungskasse sollen zugeführt werden: 1. eine Abgabe von 1/4 Prozent des Verkaufspreises von Holz aus Forsten von mehr als 10 Hektar. Ferner sollen dieser Rückvergütungskasse zufließen: 1 1/2 Prozent des Ausführerpreises sämtlicher Waren, für die die Errichtung einer Ausfuhrbewilligung erforderlich ist. Die auf diese Weise übernommenen Mittel sollen verwandt werden als Rückvergütung auf den Druckpapierpreis für die Presse. Dabei soll aber in erster Linie die kleine und mittlere Presse Berücksichtigung finden. Das Gesetz läuft nur bis zum 31. Dezember 1923.

##### Fürsorge für die Kriegshinterbliebenen.

Die Nationalkassierung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen hielt ihre diesjährige Jahresitzung im Reichstagsgebäude ab. Kommerzienrat Seidewitz, erstattete den Jahresbericht. Die Nationalkassierung hat bisher rund 50 Millionen Mark für die Zwecke der Kriegshinterbliebenenfürsorge verteilt. Es wurde u. a. auch für 1922 eine Million für Erholungsaufenthalte von Kriegswaisen bewilligt. Außerdem wurde beschlossen, eine Million zur Ermöglichung von Erholungsaufenthalten für Kriegervätern und -mütter zur Verfügung zu stellen.

##### Der Kanzler fordert Gerechtigkeit.

Zu einer Gruppe von etwa 50 amerikanischen Studenten, die sich auf einer Rundreise durch Europa befinden, äußerte Reichskanzler Dr. Wirth u. a.: „Auch ein besiegtes Volk hat Anspruch auf Gerechtigkeit. Man kann von einem Volk nicht mehr verlangen, als in seinen Kräften steht. Amerika hat die Sklavenbefreiung erlebt; wenn man von einem Volk in Europa mehr verlangt, als es leisten kann, so ist das der Beginn einer neuen Völkersklaverei.“

##### Um den Film „Fridericus Rex“.

Die Regierung des Freistaates Hessen hat bei der Filmoberprüfungsstelle den Antrag gestellt, gegen das Kinofilm „Fridericus Rex“ ein Widerspruchsverfahren auf Grund des Lichtspielgesetzes einzuleiten, weil die Vorführung dieses Films geeignet sei, die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu gefährden. — Vor einigen Wochen haben in Zülpzig bei Berlin Aufnahmen für den dritten Teil des Films „Fridericus Rex“ stattgefunden. Wie es heißt, sind die beiden Regimentskommandeure, die die Beteiligung der beiden Regimenter ohne Genehmigung des Reichswehrministers verfügt haben, ihres Postens entbunden worden.

Paris. Bei der Rückkehr von einer Parade gab ein Anarchist auf den neuen Polizeipräsidenten von Paris Raubin drei Revolverkugeln ab. Raubin blieb unverletzt, der Täter wurde verhaftet. Er hat eingestanden, daß er beabsichtigt habe, den Ministerpräsidenten Poincaré zu erschießen.

##### Aus In- und Ausland.

Berlin. Der Reichstag beschloß, gegen den vom Reichsbeamtengesetz (uneheliche Mütterchaft) Einspruch zu erheben.

Berlin. Das Arbeitsnachweisgesetz wurde vom Reichstag in dritter Beratung mit einigen Änderungen angenommen. Es soll am 1. Oktober d. J. in Kraft treten.

London. Lloyd George teilte im Unterhause mit, die Regierung werde bei der Abstimmung am nächsten Montag die Vertrauensfrage stellen. Es handelt sich um den Antrag über Auszeichnungen für öffentliche Dienste.

Konstantinopel. Das türkische nationalistische Kabinett ist zurückgetreten. Am 18. Juli wird die Nationalversammlung das neue Kabinett wählen.

### Deutscher Reichstag.

(243. Sitzung.)

CB. Berlin, 14. Juli.

Den ersten Punkt der Tagesordnung der heutigen Sitzung bildete ein Gesetzentwurf über den Ausschluß eines Teils des Riel Hafens

aus dem Zollgebiet. Riel will seinen Hafen zum Großhandels- und Ost- und Nordsee-Handel ausbauen und hofft, Ausgangs- und Endpunkt der Ostseeschifffahrt zu werden. Die Stadt Riel bedarf daher in ihrem Hafen eines Zollauschlußgebietes, in dem Umschlag und Stapelung ausländischer Güter ohne zollamtliche Abfertigung und unabhängig von Ein- oder Ausfuhrverboten vor sich gehen kann.

Abg. Dr. Oberschöten (Deutschnat.) befragte den Antrag im wirtschaftlichen Interesse der Stadt Riel. Früher war Riel mit der Reichsmarine eng verbunden. Die Entwicklung des Handelshafens wurde dadurch hintenangestellt. Nach dem Kriege mußte eine wirtschaftliche Umgestaltung der Stadt Riel erfolgen. Wenn Riel das Zollauschlußgebiet nicht erhalte, werde sich der gesamte Umschlag- und Stapelverkehr dem freien Hafen Kopenhagen und dem Hafen Roenne auf der Insel Bornholm zu. Mit den großen Überseehäfen Hamburg und Bremen will Riel nicht wettkämpfen. Es hat seine besondere Aufgabe im Ostseegebiet.

Abg. Eggerstedt (Soz.) trat ebenfalls für die Vorlage ein, die einem wirtschaftlichen Bedürfnis entspräche. Der Wiederaufbau Riels müsse schnellstmöglich vorgenommen werden.

Abg. Dittmann (U.-Soz.) erklärte, daß Riel als Kriegshafen erledigt sei und daß niemand deshalb trauere. Jetzt müsse Friedensarbeit geleistet werden. Wenn nicht Vorsorge getroffen werde, trete zu Anfang nächsten Jahres eine wirtschaftliche Katastrophe ein.

Nachdem noch die Abg. Dr. Gildemeister (Deutsche Vp.), Koch (Demokrat) und Korthaus (Zentrum) sich ebenfalls für die Vorlage ausgesprochen hatten, wurde der Entwurf in allen drei Lesungen angenommen.

Hierauf wurde der Einspruch des Reichsrates gegen die vom Reichstage beschlossene Erhöhung der Einkommensgrenze, bei der die Steuerzuschüsse für Militärentner weggelassen sollen, dadurch erledigt, daß eine neue Abstimmung vorgenommen werden soll, mit der Feststellung, ob die verfassungsmäßige Mehrheit vorhanden ist.

Es folgte die erste Beratung des von den Koalitionsparteien beantragten Gesetzes über den deutschen Nationalfeiertag. Ohne weitere Aussprache wurde diese Vorlage dem Reichsausschuß überwiesen. Es folgte das Gesetz gegen die wirtschaftliche Notlage der Presse.

Die Regierung wird dadurch ermächtigt, auf Grund von Selbstkostenermittlungen Höchstpreise für Holzstoff, Zellstoff und Druckpapier festzusetzen. Sie kann weiter die Erzeuger dieser Produkte zu Verbänden zusammenfassen, um unter behördlicher Mitwirkung einen Preisausgleich vorzunehmen. Der Gesetzentwurf wurde ohne Aussprache dem volkswirtschaftlichen Ausschuß überwiesen.

##### Militärgerichtsbarkeit.

In der folgenden Beratung des Disziplinargesetzes für die Wehrmacht äußerte der Abg. Huenich (Soz.) große Bedenken gegen die Einzelheiten der Vorlage. Sie stelle den Versuch dar, die vor der Revolution bestehende Entrechtung der Soldaten wieder einzuführen.

Abg. Thomas (Komm.) betrachtete gleichfalls die Vorlage als den ersten Versuch zur Wiederherstellung der Militärjustiz. Ein Vertreter des Reichswehrministeriums suchte die Bedenken der beiden Vorredner zu zerstreuen.

Abg. v. Gallwitz (Deutschnat.) begrüßte die Vorlage als einen Fortschritt. Die Langsamkeit des zivilen Gerichtsverfahrens sei für die militärischen Verhältnisse nicht erträglich.

Darauf wurde die Vorlage dem Ausschuß für die Militärgerichtsbarkeit überwiesen.

Die vorher zurückgestellte Abstimmung über den vom Reichsrat angefochtenen Gesetzentwurf über Feuerungsmaßnahmen für Militärentner ergab die einstimmige Annahme der in § 4 geänderten Vorlage. Hierauf kam man zur zweiten Beratung des Entwurfes zur Änderung der Bestimmungen gegen

##### Preisstreiberi, Schleichhandel und verbotene Ausfuhr.

Reichsjustizminister Dr. Radbruch wandte sich gegen die Anträge der Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten, die weitere Milderung der Bestimmungen verlangten, mit der Begründung, daß der redliche Kaufmann gegen ungerechte Verfolgung geschützt werden müsse. Der Minister hat ferner um Ablehnung des vom volkswirtschaftlichen Ausschuß beantragten Entwurfes, empfahl aber die Ausschlußentscheidung, die eine Erleichterung des Wiederaufnahmeverfahrens, die verstärkte Heranziehung von Sachverständigen und Maßnahmen gegen die Preisstreiberi der Kartelle und Syndikate verlangt.

Abg. Hammer (Deutschnat.) forderte eine Verschärfung der Wucherbestimmungen, hielt es aber für notwendig, dem Kaufmann einen angemessenen Zuschlag als Ausgleich für die höheren Kosten zu gewähren, die ihm die Renanzschaffung der verteuerten Ware mache.

Abg. Eintracht (Demokrat) sprach für die auf Milderung gerichteten Bestimmungen abzielenden Anträge seiner Fraktion.

### Das Amnestiegesetz.

#### Unveränderte Annahme im Reichstag.

In den Abendstunden des Donnerstag berichtet der Reichstag das Gesetz über Straffreiheit für politische Straftaten. Nach dem vom Ausschuß angenommenen Entwurf soll sich die Amnestie erstrecken auf Personen, die nach dem 4. August 1920 und im Jahre 1921 an einem hochverräterischen Unternehmen gegen das Reich teilgenommen haben, oder die von den im Jahre 1921 errichteten außerordentlichen Gerichten verurteilt worden sind, sofern die Handlungen nicht lediglich auf Rache, Eigennutz oder sonstigen nicht politischen Beweggründen beruhen.

